

Die Welt

26 May 2003

Ein Bagdader Frühling?

Kenneth W. Stein

Nach dem Irak-Krieg richten viele Araber einen kritischen Blick auf ihre eigenen Regierungen -
Debatte von Kenneth W. Stein

Nach dem Sturz von Saddam Hussein stellt sich die Frage: Wie wird sich die politische Landschaft im Mittleren Osten verändern? Der syrische Kolumnist Shaaban Abboud schrieb Anfang des Monats in der kuwaiter Tageszeitung "Al Ra'i Al Am": "Der Sturz der irakischen Diktatur stellt ein historisches Ereignis dar, das sich auf regionaler, arabischer und internationaler Ebene nachhaltig auswirken wird."

Während des Ersten Weltkriegs teilten europäische Mächte die arabischen Provinzen des Osmanischen Reichs unter sich auf. Sie zogen die Demarkationslinien für viele Staaten des Mittleren Ostens. Im palästinensisch-israelischen Konflikt geht es nach wie vor um Legitimität und Grenzen.

Inzwischen vollzieht sich jedoch im Mittleren Osten ein gewaltiger Prioritätenwechsel, weg von der Bestimmung und Sicherung von Grenzen hin zur Frage, wie die Staaten der Region im Inneren operieren.

Angesichts der zahlreichen Beispiele von Fremdherrschaft in ihrer Geschichte dürften die Völker der Region die Absichten auswärtiger Mächte mit der gebotenen Skepsis betrachten. Andererseits kann die Abwesenheit einer Zivilgesellschaft nicht den Ausländern oder Zionisten angelastet werden. Dafür sind allein die religiösen und ethnischen Gruppen und Stammesfürsten wie auch die Eliten verantwortlich, die sie während der letzten hundert Jahre herangezüchtet haben. Indem sie stets nur ihren eigenen Klasseninteressen dienen, haben diese Eliten den gesellschaftlichen Aufstieg anderer stets zu verhindern gewusst und alle Bestrebungen hin zu einer Zivilgesellschaft im Keim erstickt.

Nach dem ersten Irak-Krieg konnte man den Beginn einer tieferen Selbstreflexion hinsichtlich der Rolle arabischer Bürger im Verhältnis zu ihren Regierungen beobachten. Man fragte sich, warum die arabischen Regimes auf Saddams Überfall auf Kuwait nicht mit einer gemeinsamen Position reagiert hatten. Zwar lenkte die Palästinenserfrage die Aufmerksamkeit vorübergehend von den eigenen Regierungen ab, doch

richteten sich nach dem 11. September bald auch prüfende Blicke von außen in die letzten Winkel arabischer Macht. Nach der Veröffentlichung des UNO-Berichts über die Entwicklung der arabischen Welt im Juni 2002, der die arabischen Länder wegen ihrer mangelnden Förderung der Menschenrechte, speziell der Frauenrechte kritisierte, und der allgemein die Abwesenheit einer Zivilgesellschaft beklagte, häuften sich diese Debatten.

Stichproben arabischer Stellungnahmen zum Thema Bürgerrechte deuten darauf hin, dass die Diskussion inzwischen intensiver geworden ist. Im Januar 2002 schrieb die renommierte, in London erscheinende arabische Zeitung "Al Hayat", die arabischen Regime seien "in der Lage, jeden Protest gegen ihre Politik zu unterdrücken, den Bürgern die elementarsten Grundrechte zu verwehren." Ein Kommentator von "Al Quds Al Arabi" (ebenfalls London) stellte im Januar 2003 fest, dass sich "die normalen arabischen Staatsbürger schutzlos fühlen, weil ihnen die Gesellschaftsordnungen, unter denen sie leben, ihre Grundrechte vorenthalten. Soziale Rechte werden als Geschenke der Führungsschicht angesehen, die diese ihrem Volk auch jederzeit versagen kann. Es ist sogar so, dass arabische Herrscher die Freiheit als solche als eine Leihgabe betrachten, die man wieder zurücknehmen kann. Die in der arabischen Welt vorherrschende Kultur bedeutet eine Rechtlosigkeit des Volkes, das nur Pflichten kennt."

Ein ehemaliger hochrangiger Mitarbeiter der jordanischen Regierung sagte mir letzten Monat in Amman: "In der arabischen Welt sind wir alle Bürger ohne Bürgerrechte." Nach dem jüngsten Terrorattentat in Riad äußerte sich ein Journalist der libanesischen Tageszeitung "Al Nahar", zwar könne man dafür das Palästinenserproblem und die amerikanische Präsenz in Saudi-Arabien verantwortlich machen, doch seien Reformen erforderlich, die zu "einer größeren politischen Mitverantwortung und mehr Meinungsfreiheit führen und die Abhilfe bei der Arbeitslosigkeit, Korruption, der ungleichen Verteilung des Reichtums, bei Verschwendung und anderen Problemen schaffen können." Der Krieg gegen den Irak hat weitere Selbstanalysen und Diskussionen in der arabischen Welt über die innere Schwäche der arabischen Staaten als Ursache ihrer lokalen, regionalen und globalen Ohnmacht ausgelöst. Anfang des Monats schrieb Mohammed Al Basha in der ägyptischen Zeitung "Al Ahram": "Die arabische Nation braucht dringend eine ehrliche und rationale Selbstkritik, wenn sie ihre enormen politischen, ökonomischen und sozialen Unzulänglichkeiten überwinden will."

Werden die Regierungen diese Fragen engagiert angehen?
Dies zu tun würde die Bereitschaft voraussetzen, einiges von ihrem Wohlstand und ihrer Macht mit anderen zu teilen. Doch was wäre, wenn sich im Irak ein funktionierendes föderales System herausbildet? Und

wenn es im Jahr 2005 tatsächlich einen Palästinenserstaat mit einem gewissen Maß an Selbstbestimmung gibt? Wie rasant wird dieser Wandel die Machtkonfigurationen verändern, die anderswo im Mittleren Osten schon heute ins Wanken geraten?

Kenneth W. Stein ist Professor für Geschichte und Politik des Mittleren Ostens an der Emory University in Atlanta (Georgia).

Übersetzung: Ruth Keen